Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 81 (2001)
Heft: 3

Artikel: "Verdörflichung" als Alternative zur Globalisierung
Autor: Schwarz, Gerhard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-166468

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gerhard Schwarz, *geboren 1951 in Hard (Vorarlberg). Studium, Assistententätigkeit und Promotion zum Dr. oec. an der Universität St. Gallen. Nach Auslandaufenthalten in den USA und Lateinamerika trat er 1981 in die Wirtschaftsredaktion der «Neuen Zürcher Zeitung» ein, die er seit 1994 leitet. Lehrbeauftragter an der Universität Zürich. Träger des Ludwig Erhard-Preises 1996.*

«Verdörflichung» als Alternative zur Globalisierung

Reiner Eichenberger und Bruno S. Frey unterstreichen im oben stehenden Beitrag (wie schon in andern Publikationen) mit guten Gründen die zentrale Bedeutung der Bürgertugenden, und sie verknüpfen deren Existenz und Entwicklungsfähigkeit unmittelbar mit funktionierenden direktdemokratischen Strukturen, die sie auf allen Stufen verwirklicht sehen möchten. Möglicherweise überschätzen sie aber den Stellenwert der direkten Demokratie und unterschätzen dafür die Bedeutung der Gemeindeautonomie.

Als Ordo-Liberaler bin ich überzeugt, dass offene Gesellschaften und Märkte nur funktionieren, wenn einerseits eine Rahmenordnung das Privateigentum garantiert und anderseits das nachhaltige Funktionieren des Wettbewerbs in einer friedlichen Sozialordnung durch eine entsprechende Wettbewerbs- und Sozialpolitik gewährleistet wird. Die Gegenüberstellung der Alternative «Weltregierung versus selbstregulierende Märkte» wirkt vor diesem Hintergrund etwas künstlich, da selbst innerhalb des liberalen Lagers nur eine Minderheit an die uneingeschränkte Selbstregulation in freien Märkten glaubt. Die beiden Autoren setzen, ausgehend von einschlägigem empirischem Material, mit ihrem Hinweis auf den Gemeinsinn eine Tradition fort, mit der im letzten Jahrhundert vor allem der Name *Wilhelm Röpke* verbunden wird. Dessen Argumentation war allerdings nicht empirisch untermauert, sondern normativ, und sie war auch nicht frei von Romantizismen und von der Nostalgie nach bäuerlich-kleingewerblichen Wirtschafts- und Lebensformen.

Der hohe und zunehmende Stellenwert von Gemeinsinn und Bürgertugenden in einer globalisierten Welt ist auch für mich ein evidentes Faktum. Weniger einverstanden bin ich mit der Erklärung, welche die beiden Autoren für die – ebenfalls empirisch erhärtete, an sich unbestrittene – Tatsache einer zunehmenden Entfremdung der Bürger von den gemeinschaftlich politischen Anliegen bereithalten. Ich führe sie weniger auf das Fehlen oder den Rückgang des direktdemokratischen Einflusses zurück, als auf eine permanente Verletzung des Subsidiaritätsprinzips. Natürlich hängen Bürgersinn und Bürgertugend mit der Möglichkeit politischer Mitbestimmung zusammen, aber das Entscheidende ist nicht die Möglichkeit, an Wahlen und Abstimmungen über europäische oder gar globale Angelegenheiten teilnehmen zu können, sondern die direkte Beteiligung an Entscheidungen über Angelegenheiten, von denen man wirklich betroffen ist, beispielsweise der Bau einer Strasse, die Wahl eines Lehrers, die Unterstützung lokaler Sport- und Kulturveranstaltungen und die Aufnahme von Asylanten in der Gemeinde. Für die Entwicklung von Bürgertugenden ist die direkte Demokratie bestimmt geeigneter als die indirekte Demokratie und selbstverständlich auch besser als keine Demokratie, aber das Funktionieren einer direkten Demokratie bleibt für mich zwingend mit den Voraussetzungen verknüpft, welche erst der Föderalismus in Verbindung mit dem Subsidiaritätsprinzip und der Gemeindeautonomie hervorbringt, weil nur in diesen Strukturen die tatsächlichen Präferenzen der Individuen wirksam geltend gemacht werden können.

Flexibilisiertes Bürgerrecht

Der Vorschlag einer Flexibilisierung des Bürgerrechts in Richtung einer vertraglich wählbaren «Clubmitgliedschaft» stiftet aus meiner Sicht mehr Verwirrung als dass er neue Perspektiven eröffnet. Das ökonomische, das soziale und das politische Leben sind in einer emotionalen Weise mitei-

nander verknüpft, die nicht völlig aus dem lokalen Umfeld und auch nicht aus einer zeitlichen Kontinuität herausgelöst werden können. Es gibt so etwas wie eine Identität, die nicht beliebig in eine multiple Zugehörigkeit aufgespaltet werden kann.

Aus diesem Grund befürworte ich das schweizerische Konzept, welches auf dem kommunalen Bürgerrecht beruht, das allerdings automatisch das kantonale und das eidgenössische Bürgerrecht miteinschliesst. Einem Ausländerstimmrecht auf kommunaler Ebene stehe ich hingegen positiv gegenüber. Hier ist eine «Flexibilisierung» im Sinne der beiden Autoren durchaus zu befürworten. Man kann beispielsweise als in der Schweiz wohnhafter amerikanischer Staatsbürger sehr wohl eine Art «kommunalen Bürgersinn» entwickeln, ohne die nationale Loyalität gegenüber den USA abzulegen. Darum ist die Verleihung des Stimm- und Wahlrechts auf lokaler Ebene an schon längere Zeit ansässige Ausländer ein durchaus zukunftsträchtiger Vorschlag.

Es gibt so etwas wie eine Identität, die nicht beliebig in eine multiple Zugehörigkeit aufgespaltet werden kann.

Überlappende Mehrzweckverbände statt Gebietskörperschaften

Der Vorschlag einer Flexibilisierung der territorialen Grenzen durch ein Netzwerk von direktdemokratisch abgestützten Zweckverbänden (FOCJ = *Functional, overlapping and competing jurisdictions*) beruht auf einer optimistischen Beurteilung der Lösbarkeit aller Probleme, welche durch positive und negative *Spill-overs* und durch die allgegenwärtige Versuchung des Trittbrettfahrertums verursacht werden. Der Hinweis auf die Tatsache, dass sich die Menschen nie völlig egoistisch verhalten, hilft hier nicht weiter. Entscheidend ist aus ökonomischer Sicht das Durchschnittsverhalten. Werden Kinderlose bereit sein, sich als freie Mitglieder eines Schulzweckverbandes an den Kosten der Schulen zu beteiligen, oder werden sie sich andern, ebenfalls sozialen Aufgaben zuwenden? Kann dieser frei gewählte Mix von öffentlichen Aufgaben und Abgaben letztlich aufgehen? Wird das Gesamtresultat besser sein als das, was sich in kleinen territorialen politischen und fiskalischen Mehrzweck-Einheiten als Kompromisslösung ergibt? Familien, Freundschaften und Nachbarschaften sind in hohem Ausmass Mehrzweckverbände, und sie prägen die soziale Entwicklung am nachhaltigsten. Daneben – als Ergänzung, aber nicht als Ersatz –, treten Vereinigungen mit speziellen Zwecken, d.h. man wird Mitglied eines Chors, eines Bridge-Clubs oder eines Badminton-Vereins. Die Idee der FOCJ, der unabhängig von der Wohnsitzgemeinde frei wählbaren Mitgliedschaft in offenen Zweckverbänden, die von den Mitgliedern Abgaben erheben, bleibt für mich eher dem Bild des klassischen *homo oeconomicus* verhaftet, während die Mehrzweck-Körperschaft der Territorialgemeinde eher dem *homo oeconomicus maturus* zuzuordnen wäre.

Einem Ausländerstimmrecht auf kommunaler Ebene stehe ich positiv gegenüber.

Firmenkonkurrenz statt Parteienwahlkampf

Der Vorschlag, den Zugang zu politischen Ämtern zu flexibilisieren und beispielsweise auch ausländische Bewerber zuzulassen, ist prüfenswert. (Deutschland hat allerdings mit einem gewissen Bewerber aus Österreich, der europäischer Diktator werden wollte, keine guten Erfahrungen gemacht ...) Immerhin spricht auch einiges für eine direkte Verknüpfung von Programmen mit Personen. Programme können losgelöst von Personen, welche dahinterstehen, kaum adäquat beurteilt werden. Wenn konkurrierende Firmen, im Hinblick auf die Erfüllung öffentlicher Aufgaben kandidieren, tönt dies zunächst gut. Nur: Wer stellt sicher, dass dadurch nicht unlösbare Verstrickungen und Interessenkonflikte entstehen? Und wenn die wirtschaftliche Betätigung ausserhalb des konkret erteilten Mandats untersagt wird, unterscheiden sich solche Firmen kaum mehr von den traditionellen Parteien. Ich kann mir nicht vorstellen, dass von solchen Firmen wesentliche Impulse ausgehen werden, welche den Einfluss der Bürger stärken und die Macht der Regierung einschränken könnten.

Fazit

Für mich ist die beste Antwort auf die Globalisierung die Dezentralisierung, man könnte noch anschaulicher auch von «Verdörflichung» reden, und dies nicht als Alternative, sondern als Gegengewicht zur

globalen Vernetzung. Auf der lokalen Ebene werden zahlreiche Vorschläge, wie sie von Frey/Eichenberger vorgebracht werden, weniger problematisch, ja sie werden erst dort wirklich hilfreich, und in einem gewissen Ausmass werden sie in vielen Gemeinden schon heute praktiziert. Warum soll man den Gemeindepräsidenten nicht aus dem Nachbardorf «importieren»? Warum soll man das Bürgerrecht nicht «splitten» zwischen der Wohngemeinde und dem Zweitwohnsitz? Frey und Eichenberger operieren mit ihren Vorschlägen allzu sehr auf nationaler und internationaler Ebene, was mir problematisch scheint. Das bekannte und plausible Motto *«All business is local»* hat sein politisches Pendant: *«All political involvement is local.»* Um der Bürgerin und dem Bürger die Entscheidungsbefugnis zurückzugeben, muss vieles, das heute auf höherer Ebene entschieden wird, wieder in die Autonomie der Gemeinden zurückgeführt werden. Direkte Demokratie ist wünschenswert, Gemeindeautonomie ist prioritär. ✦

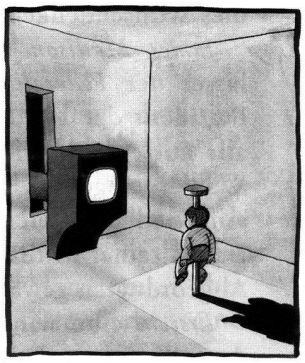
Direkte Demokratie ist wünschenswert, Gemeindeautonomie ist prioritär.

Hinzuweisen ist im Zusammenhang mit dem vorstehenden Beitrag auch auf: Bruno S. Frey/Reiner Eichenberger, The New Democratic Federalism for Europe, Functional, Overlapping and Competing Jurisdictions, Edward Elgar, Cheltenham UK, Nirthampton, MA, USA. 1999.

TITELBILD

Alltägliche Gewalt

Zu Titelbild und den Illustrationen des Dossiers



Bilder der Gewalt. Die Medien zeigen sie uns täglich: die Gewalt der Despoten, des Krieges, des Terrorismus und des Verbrechens. *Tomi Ungerer* taucht mit seinen Zeichnungen hingegen ein in die subtile, ungeahndete, weil gleichsam selbstverständlich gewordene Gewalt, welche unsere Lebensumstände prägt. Eine Gewalt, die vielfach anonyme Ursprünge zu haben scheint, und mit der wir uns in unseren alltäglichen Beziehungen bewusst oder unbewusst peinigen. Gewalt kann auch Selbstschutz sein. Aus ihr brechen Sehnsüchte und Ängste hervor. Im Skandalon ihrer Gründe sind die Polarisierungen ablesbar, zu der die menschliche Befindlichkeit neigt: Friedenswunsch und Kampfbereitschaft. Tomi Ungerer hat die Zeichnungen 1996 für den von dem Verhaltensforscher *Irenäus Eibl-Eibesfeldt* verfassten Band «Gewalt und Fürsorglichkeit» in der Schriftenreihe der Vontobel-Stiftung in Zürich angefertigt. Der Band kann kostenlos bei der Vontobel-Stiftung, Postfach, 8022 Zürich, bezogen werden (Fax: 01/283 75 00). Die Herausgeber der Schweizer Monatshefte danken für die freundliche Abdruckgenehmigung.

Michael Wirth